

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 22.06.2006 im Kreishaus Borken

Anwesend:

Vorsitz:

Gerd Wiesmann

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Hartmut Ahold	Bocholt	ab TOP 2
Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Bernd Bense	Schöppingen	
Hubert Bestert	Südlohn	bis TOP 6
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Karlheinz Busen	Gronau	
Heidi Buskase	Gronau	
Angelika Dannenbaum	Ahaus	
Dietmar Eisele	Ahaus	
Manfred Epping	Schöppingen	
Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Magdalene Garvert	Rhede	
Veronika Giesing	Isselburg	
Gerhard Gleis-Preister	Gronau	
Hermann Horstick	Gescher	
Hans Hund	Bocholt	
Markus Jasper	Heek	ab TOP 2
Irmgard Kerkhoff	Rhede	
Johannes Kisfeld	Stadtlohn	
Bernhard Krasenbrink	Bocholt	
Berthold Langehaneberg	Legden	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Gerhard Ludwig	Borken	ab TOP 3
Johannes Maus	Velen	
Klaus Meyermann	Bocholt	
Josef Osterhues	Ahaus	
Hans Theo Peschkes	Bocholt	ab TOP 2
Stephanie Pohl	Gescher	
Gerhard Preister	Gronau	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Martin Schmitz	Gescher	
Rudolf-Josef Schmitz	Heek	
Werner Schnappenberger	Borken	
Markus Schulte	Gronau	

Ursula Schulte	Vreden
Friedel Sebastian	Raesfeld
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus
Silke Sommers	Bocholt
Winfried Sperlbaum	Borken
Jens Steiner	Heek
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Gerti Tanjsek	Bocholt
Gerhard Temminghoff	Vreden
Richard Temminghoff	Raesfeld
Heinz-Josef Tönnes	Heiden
Clemens Voß	Schöppingen
Gabriele Wahle	Ahaus
Heinrich Weddeling	Südlohn
Holger Weiß	Bocholt
Gertrud Welper	Vreden
Ursula Zurhausen	Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues
Wilfried Kersting
Burkhard Venhues
Kirsten Tenspolde

bis TOP 5

Es fehlen entschuldigt:

Roman Cebaus	Stadtlohn
Maja Saatkamp	Borken
Bernd Schlippsing	Vreden
Bernd Schöning	Stadtlohn
Bernhard Völkering	Gronau
Friedhelm Weikamp	Rhede

Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Einwohnerfragestunde**

Es liegt keine Einwohnerfrage vor.

**Punkt 2: Geschäftsbericht 2005
Vorlage: 0130/2006**

Berichterstatter: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Zur Anfrage des Kreistagsabgeordneten Sperlbaum in der Sitzung des Kreisausschusses führt Kreisdirektor Werner Haßenkamp aus, der noch im 2. Controllingbericht angekündigte Mehrbedarf für die Grundsicherung im Alter sei nicht ganz so hoch ausgefallen wie erwartet. Prognostiziert war ein Fallanstieg von 14 %, eingetreten sei ein Anstieg von 13,5 %. Statt bei den erwarteten 630.000 € liege der Mehrbedarf nun bei 400.000 €.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick informiert, die Antwort zur Anfrage der Kreistagsabgeordneten Schulte in der Sitzung des Kreisausschusses zur Anzahl von ehrenamtlichen Kräften in Rettungswachen, sowie zu den von diesen abgeleiteten Stunden werde der Niederschrift beigelegt (**Anlage 1**).

Kreistagsabgeordnete Schulte erkundigt sich vor dem Hintergrund der im Haushalt 2006 zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel zum Verbraucherschutz, ob es im Rahmen des Auftretens der klassischen Schweinepest vermehrt zu Anfragen verunsicherter Verbraucher gekommen sei. Außerdem bittet sie die Verwaltung darum, im Kreistag regelmäßig über Unfallhäufigkeiten und die Ergebnisse von Geschwindigkeitskontrollen im Kreis Borken zu berichten.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick sagt eine Beantwortung zum Verbraucherschutz zu.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag nimmt den Geschäftsbericht 2005 zur Kenntnis.

Punkt 3: Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006
Vorlage: 0131/2006

Berichterstatter: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp führt aus, für die Umstellung des Haushaltes und die abschließende Feststellung der Eröffnungsbilanz lasse die geänderte Kreisordnung ausreichend Zeit. Die Eröffnungsbilanz müsse geprüft und gegebenenfalls berichtigt werden. Nach einer Übergangsphase werde sich das Verfahren einspielen. Die Termine für Informationsveranstaltungen zur Eröffnungsbilanz würden in Kürze bekannt gegeben. Dort sei dann eine ausführliche Diskussion möglich. Ob auch Schulungen notwendig seien, könne dort ebenfalls abgeklärt werden.

Beschluss: einstimmig

Die Eröffnungsbilanz wird an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung gem. § 92 V GO weitergeleitet.

Punkt 4: Verabschiedung einer Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen
• **Vorlage: 0108/2006**
• **Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2006**
Vorlage: 0148/2006

Berichterstatter: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreistagsabgeordnete Schulte ergänzt den SPD-Antrag um eine Änderung in der Satzung: § 4 Absatz 2 solle um den Satz „Im letzten Kindergartenjahr wird auf die Erhebung eines Elternbeitrages verzichtet.“ erweitert werden.

Die Kreistagsabgeordneten Voß und Steiner erklären für ihre Fraktionen, eine Entlastung der Eltern, wie sie die SPD-Fraktion in ihrem Antrag fordere, sei wünschenswert. Jedoch fehle ein Vorschlag für die Gegenfinanzierung.

Kreistagsabgeordneter Eisele weist darauf hin, dass vor allem die Städte mit eigenem Jugendamt die durch eine Senkung der Elternbeiträge entstehenden Mehrkosten nicht abfangen könnten. Erstrebenswert sei jedoch eine möglichst kreiseinheitliche Regelung der Beiträge.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp betont, der vorliegende Vorschlag der Verwaltung sei finanzierbar. Der darüber hinausgehende SPD-Antrag verursache 2006 Mehrkosten in Höhe von 900.000 €, 2007 entstehe eine Lücke von 1,8 Mio. €, was einer Erhöhung der Jugendamtsumlagen von 1,5 Punkten entspreche. Dies sei nicht vertretbar.

Landrat Gerd Wiesmann unterstreicht, im Rahmen der Bürgermeisterkonferenz sei bislang nur die Situation für 2006 beraten worden. Auf Basis der dann aktuellen Finanzlage müsse 2007 neu entschieden werden. Ohne eine belastbare Lösung zur Abdeckung der Mehrkosten könne jetzt keine weitergehende Regelung eingegangen werden.

Landrat Gerd Wiesmann lässt zunächst über den um die Ergänzung in § 4 Abs. 2 der Beitragssatzung erweiterten Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
42 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Sodann lässt er über die Sitzungsvorlage 0108/2006 abstimmen:

Beschluss: 45 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

Der Kreistag beschließt die als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügte Satzung für die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch einer Tageseinrichtung für Kinder ab dem 01.08.2006.

Punkt 5: Verabschiedung einer Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für Tagespflege
Vorlage: 0118/2006

Berichterstatte: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag beschließt die als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügte Satzung für die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tagespflege zum 01.08.2006.

Punkt 6: Ausbildungsmarktsituation im Kreis Borken
Vorlage: 0132/2006

Berichterstatte: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Auf Anfragen der Kreistagsabgeordneten Ludwig, Schulte und Eisele antwortet Kreisdirektor Werner Haßenkamp, die in der Vorlage genannten Maßnahmen erreichten alle Betriebe im Kreis Borken. Daher würden zusätzliche Maßnahmen keinen weiteren Erfolg versprechen. Im letzten Jahr seien nach Abschluss aller Maßnahmen 20 Jugendliche unversorgt geblieben, über die Gründe sei im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit schon ausführlich berichtet worden. Die Anzahl der 2006 bislang Unversorgten sei mit 1.400 höher als 2005. Enthalten seien hier jedoch erstmals auch alle diejenigen, die zwar im Berufskolleg angemeldet, aber eigentlich ausbildungsplatzsuchend seien. Belastbare Zahlen für dieses Jahr könne es erst nach Beginn des Ausbildungsjahres geben, da erst dann ein Abgleich der doppelt Gemeldeten möglich sei.

Kreistagsabgeordneter Horstick kritisiert, noch immer seien die Zahlen für die Stadt Gescher nicht in die Statistik für den Kreis Borken einbezogen, sondern in die des Kreises Coesfeld.

Landrat Gerd Wiesmann antwortet, die Bundesagentur für Arbeit sehe sich nicht in der Lage, die Daten für Gescher anders aufzubereiten.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp lehnt den Vorschlag der Kreistagsabgeordneten Schulte zur Einführung der überbetrieblichen Ausbildungsmöglichkeit ab. Dies sei für das Westmünsterland nicht vorgesehen, da hier durchaus Potenzial auf betrieblicher Ebene vorhanden sei.

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Lensing macht Kreisdirektor Werner Haßenkamp deutlich, die Schülerzahl an den Berufskollegs sei nicht weiter angewachsen, sondern habe das Niveau des Vorjahres erreicht. Es gebe kein akutes Raumproblem. Die in der Anlage zur Vorlage erwähnten Absagen seien allesamt durch das Nichterfüllen von Zugangsvoraussetzungen begründet. So seien die Bewerber z.B. nicht im Kreis Borken wohnhaft, zu alt oder hätten nicht den erforderlichen Schulabschluss.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag nimmt den Sachstandsbericht über die Ausbildungssituation im Kreis Borken zur Kenntnis.

**Punkt 7: Einrichtung der regionalen Nahverkehrsgemeinschaft Münsterland (RNVG); Abschluss einer mandatierenden Vereinbarung
Vorlage: 0114/2006**

Berichterstatte: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Paßlick

Kreistagsabgeordnete Lindenhahn erklärt, die SPD-Fraktion sei einverstanden, dass ihr Antrag in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen beraten werde. Außerdem bitte sie, in der Vorlage den Satz „Mittelfristig wird der Standort Münster angestrebt.“ zu streichen.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick räumt ein, diese Formulierung greife den Entwicklungen vor. Es sei absehbar, dass in den nächsten Jahren Änderungen in der Zweckverbandsstruktur und der Finanzierungsstruktur des Landes eintreten würden. Vor diesem Hintergrund müssten dann neue Strukturen im Münsterland überlegt werden. Der Standort sei hierbei nachrangig und könne aus der Vorlage gestrichen werden.

Zum Änderungsvorschlag des Kreistagsabgeordneten Epping, in der Vereinbarung durch ergänzende Formulierungen die Beteiligungsrechte politischer Gremien zu sichern, macht Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick deutlich, die anderen Münsterlandkreise hätten die Vereinbarung in der vorliegenden Fassung beschlossen, Änderungen seien daher schwierig. Jedoch bleibe der politische Einfluss ohnehin bestehen. Die vorliegende Vereinbarung regle lediglich die Durchführung der Aufgaben und stelle eine Lösung für die Zusammenarbeit auf der Arbeitsebene dar. Es werde im Auftrag der Kreise gearbeitet, eine eigene Entscheidungskompetenz bestehe nicht.

Daraufhin zieht der Kreistagsabgeordnete Epping den Änderungsvorschlag zurück.

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Steiner antwortet Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick, von einer Doppelwahrnehmung der Aufgaben könne keine Rede sein. Die Sachbearbeiter seien sowohl in der Regie- und Bestelleinheit, in der die Grundlagen- und Gremienarbeit erfolge, als auch in der Kreisverwaltung tätig. Im nächsten Jahr werde für die Zusammenarbeit zwar ein eigenes Budget bereit gestellt, hierbei handele es sich jedoch nur um eine Zusammenführung der bislang ohnehin bereitgestellten Mittel.

Landrat Gerd Wiesmann lässt über den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der Streichung des Satzes „Mittelfristig wird der Standort Münster angestrebt.“ aus der Vorlage abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Dem Abschluss der mandatierenden Vereinbarung wird in der als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Fassung zugestimmt.

**Bildung eines Beirates für die "Regionale Nahverkehrsgemeinschaft
Münsterland (RNVG)"
Antrag der SPD-Fraktion vom 11.06.2006
Vorlage: 0149/2006**

Berichterstatter: Elisabeth Lindenhahn

Beschluss: einstimmig

Der Antrag wird an den Ausschuss für Verkehr und Bauwesen verwiesen.

**Punkt 8: Abschluss einer neuen Rahmenvereinbarung für den Verein "Biologische Station Zwillbrock e.V."
Vorlage: 0136/2006**

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Markus Schulte erläutert Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues, Grundlage der Förderung sei ein jährlich aufzustellender und mit der unteren Landschaftsbehörde abzustimmender Arbeits- und Maßnahmenplan. Das Fördervolumen sei insgesamt auf rund 391.000 € begrenzt. Er schlägt vor, dass der Geschäftsführer der Biologischen Station, Herr Dr. Ikemeyer, das Konzept in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umweltschutz vorstelle.

Beschluss: einstimmig

Dem der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der neuen Rahmenvereinbarung zur finanziellen Absicherung des Vereins „Biologische Station Zwillbrock e.V.“ wird zugestimmt.

**Punkt 9: Errichtung eines interkommunalen Bauhofes sowie eines Krisenzentrums in Gescher-Estern
Vorlage: 0146/2006**

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues führt aus, die Vorlage solle die Grundlage für die weiteren Planungen schaffen. Eine Neuerrichtung werde nur vorgenommen, wenn der Verkauf des Kreisbauhofes erfolgt sei. Die in der Vorlage genannten Einsparungen seien zurückhaltend geschätzt. Der Kreis werde von der Zusammenlegung allein schon durch die gemeinsame Beschaffung, den effizienteren Einsatz der Betriebsmittel und die gemeinsame Infrastruktur- und EDV-Nutzung profitieren. Die Stadt Gescher habe sich in der Ratssitzung am 21.06.2006 einstimmig für den gemeinsamen Bauhof entschieden. Die offenen Punkte zur Teilnahme von Stadtlohn würden in der Sommerpause angegangen.

Kreistagsabgeordneter Kisfeld erklärt für die UWG-Fraktion, er sehe keine Veranlassung, einen gut funktionierenden, erst 18 Jahre alten Bauhof zu veräußern. Außerdem habe das

von der Stadt Stadtlohn in Auftrag gegebene Gutachten ergeben, dass die Stadt wirtschaftlicher einen eigenen Bauhof erbauen könne. Die UWG lehne die Vorlage daher ab.

Kreistagsabgeordnete Schulte betont, der Bauhof des Kreises sei zwar noch funktionstüchtig, dennoch stimme die SPD-Fraktion aufgrund der möglichen Synergieeffekte für den Neubau.

Kreistagsabgeordneter Horstick verweist auf den Beschluss des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen. Ziel sei es, heute einen Grundsatzbeschluss zu treffen, der den beteiligten Kommunen die Bereitschaft des Kreises zu einem gemeinsamen Neubau signalisieren solle.

Landrat Gerd Wiesmann lässt über den Antrag des Kreistagsabgeordneten Epping, nur den ersten Absatz des Beschlussvorschlages zu beschließen und somit keinen Beschluss über den Verkauf des Bauhofes herbei zu führen, abstimmen.

Beschluss:
3 Ja-Stimmen
46 Nein-Stimmen
5 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt

Anschließend lässt Landrat Gerd Wiesmann über die Vorlage 0146/2006 abstimmen:

Beschluss:
43 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Der Kreistag stimmt den Planungen zur Schaffung eines interkommunalen Bauhofes sowie eines Krisenzentrums in Gescher-Estern zu.

Insbesondere stimmt er einem Verkauf des bisherigen Kreisbauhofes in Borken, Röntgenstraße 6, zu.

Punkt 10: Bestellung einer Rechnungsprüferin
Vorlage: 0142/2006

Berichterstatter: Lfd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Beschluss: einstimmig

Frau Silke Hagewiesche wird zur Rechnungsprüferin bestellt.

Punkt 11: Assessment Center Schule und Beruf
Antrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2006
Vorlage: 0139/2006

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Beschluss: einstimmig

Der Antrag wird an den Ausschuss für Schule, Bildung, Kultur und Sport verwiesen.

Punkt 12: Einrichtung einer Lenkungsgruppe/ Beirates zur Begleitung der Bildungsstudie
Antrag der SPD-Fraktion vom 27.05.2006
Vorlage: 0140/2006

Berichterstatter: Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte

Kreistagsabgeordnete Schulte zieht den Antrag zurück.

Punkt 13: Verabschiedung einer Resolution zur beabsichtigten Kürzung des Eingliederungstitels SGB II
Vorlage: 0150/2006

Berichterstatter: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisdirektor Werner Haßenkamp erläutert, der Resolutionsentwurf enthalte andere Zahlen, als die im Kreisausschuss genannten. Inzwischen stelle sich die Situation nämlich noch deutlich dramatischer dar. Das Eingliederungsbudget des Bundes für 2006 sei über die zunächst bekannt gegebene Kürzung in Höhe von 600 Mio. € hinaus mit einer „qualifizierten Sperre“ in Höhe von 1,1 Mrd. € belegt worden. Diese Mittel könnten nur durch Beschluss des Haushaltsausschusses freigegeben werden und würden für die Deckung eventueller Mehrkosten für das Arbeitslosengeld II vorgehalten. Dem Kreis Borken fehlten gegenüber der Planung 3,1 Mio. €. Das Eingliederungsbudget sei durch die bisher eingegangenen vertraglichen Bindungen vollständig ausgeschöpft. Damit stünden für die Erhaltung der Grundstruktur im 2. Halbjahr 2006 keine Mittel mehr zur Verfügung, so dass diese wegfallen. Die Träger sowie die Städte und Gemeinden seien über die Brisanz der Situation informiert. Kündigungen bei den Trägern seien absehbar. Die Bundestagsabgeordneten aus dem Kreis Borken seien bereits aktiv geworden und versuchten alles um vor Ort die besondere Situation des Kreises Borken darzustellen. Wichtig sei jetzt, geschlossen eine Änderung zu erwirken.

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Ludwig antwortet Kreisdirektor Werner Haßenkamp, es gebe keine anderen Kreise, die derart stark betroffen seien wie der Kreis Borken, der bei der Mittelabschöpfung landesweit an der Spitze liege. Die Kreise Coesfeld und Steinfurt seien zwar auch betroffen, arbeiteten jedoch nicht mit vergleichbaren Strukturen und langfristigen verbindlichen Verträgen, sondern mit kurzfristigen Ausschreibungen. Durch die Kürzungen würden alle über Bundesmittel finanzierten Maßnahmen eingestellt werden müssen, übrig blieben noch die gemeindlichen Mittel.

Abschließend schlägt Kreisdirektor Werner Haßenkamp vor, im drittletzten Absatz des Resolutionsentwurfs den Teilsatz „die beabsichtigte Mittelkürzung im Eingliederungsbudget nicht umzusetzen und“ und im zweitletzten Absatz das Wort „dennoch“ zu streichen. So werde die Forderung nach einer bedarfsgerechten Mittelzuweisung deutlicher. Außerdem schlägt er vor, den Beschlussvorschlag um den Satz „Er beauftragt die Verwaltung, unverzüglich gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales über die bisher bewilligten Mittel hinaus die Zuweisung zusätzlicher Mittel zumindest bis zur Höhe des für 2005 zur Verfügung gestellten Betrages zu beantragen.“ zu ergänzen.

Landrat Gerd Wiesmann lässt über den geänderten Resolutionsentwurf und den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Kreistag des Kreises Borken beschließt die beiliegende Resolution zur beabsichtigten Kürzung des Eingliederungstitels 2006 für den SGB II-Bereich.

Er beauftragt die Verwaltung, unverzüglich gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales über die bisher bewilligten Mittel hinaus die Zuweisung zusätzlicher Mittel zumindest bis zur Höhe des für 2005 zur Verfügung gestellten Betrages zu beantragen.

Punkt 14: Resolution zur Ortsumgehung Südlohn-Oeding
Vorlage: 0151/2006

Berichterstatter: Lfd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Beschluss: 51 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

Der Kreistag des Kreises Borken nimmt erfreut zur Kenntnis, dass dem Ausbau der Landesstraße 558 in der Ortsumgehung Südlohn-Oeding mit dem Anschluss an das niederländische Verkehrsnetz seitens des Landes Nordrhein-Westfalen nunmehr höchste Priorität eingeräumt wird. Mit der Verabschiedung des IGVP ist diese Maßnahme als baureif zu betrachten.

Mit Sorge beobachtet der Kreistag des Kreises Borken allerdings, dass der zum Bau der Straße notwendige Abschluss eines deutsch-niederländischen Staatsvertrages bislang nicht umgesetzt wurde.

Durch die jetzige Straßenführung in der Ortsdurchfahrt Südlohn-Oeding sind die Bewohner in unerträglicher Weise durch Verkehrslärm und auch Verkehrsgefahren belastet. Vor diesem Hintergrund ist es nicht vertretbar, wenn die an sich baureife Errichtung einer Entlastungsstraße wegen des fehlenden Staatsvertrages nicht so zeitnah wie möglich umgesetzt werden kann.

Der Kreistag des Kreises Borken fordert daher die zuständigen Ministerien im Land Nordrhein-Westfalen sowie im Bund auf, unverzüglich alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit es zeitnah zum Abschluss der notwendigen deutsch-niederländischen Vereinbarung kommt.

Punkt 15: Mitteilungen der Verwaltung

Kreisdirektor Werner Haßenkamp verweist auf den als Tischvorlage ausgelegten Sachstandsbericht zum Projekt „Demographischer Wandel im Kreis Borken“.

Punkt 16: Anfragen

**Punkt 16.1: Inanspruchnahme von Elternzeit in der Kreisverwaltung Borken
Anfrage der SPD-Fraktion vom 27.05.2006
Vorlage: 0141/2006**

Kreistagsabgeordnete Schulte erklärt sich einverstanden, die Antwort zur Anfrage der SPD-Fraktion als Anlage zur Niederschrift zu erhalten (**Anlage 2**).

Punkt 16.2: Meningitis-Fälle im Kreis Borken

Kreistagsabgeordnete Schulte erkundigt sich, ob es außer in Vreden auch in anderen Orten des Kreises zu Meningitis-Erkrankungen gekommen sei.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp sagt eine Beantwortung in der Niederschrift zu.

Antwort der Verwaltung:

Im Jahr 2006 sind bis einschließlich Juli 4 Fälle von Meningokokkenmeningitis aufgetreten. Je ein Fall in Bocholt (02/06), Ahaus 05/06), Vreden (06/06) und Gronau (07/06). Darunter war ein Todesfall (Bocholt). In 3 Fällen handelte es sich um Infektionen mit Meningokokken der Gruppe B, in einem Fall um Gruppe C. Verbindungen der Gruppe-B-Infektionen untereinander konnten nicht ermittelt werden, da sie zeitlich und räumlich getrennt auftraten. Die bisher in 2006 aufgetretene Zahl der Fälle liegt im Bereich des Erwartungswertes. Von einer erhöhten Fallzahl kann nicht gesprochen werden. In den Jahren 2001 bis 2005 schwankten die Zahlen zwischen 1 und 8 Erkrankungsfällen, davon zwischen 0 und 2 Todesfällen.

Gegen die Meningokokkenmeningitis der Gruppe B gibt es keinen Impfstoff. Gegen die in den letzten Jahren häufiger gewordene Meningokokken-C-Infektion ist ein gut wirksamer und gut verträglicher Konjugat-Impfstoff verfügbar. Die STIKO (Ständige Impfkommision beim Robert-Koch-Institut) empfiehlt neuerdings die Impfung gegen Meningokokken der Serogruppe C mit einem konjugierten Meningokokken-C-Impfstoff für alle Kinder im 2. Lebensjahr zum frühest möglichen Zeitpunkt. Die Empfehlung wurde im Epidemiologischen Bulletin vom 28.07.2006 veröffentlicht. Mit der Impfung wird ein Schutz gegen Meningokokken der Gruppe C, nicht gegen andere Serogruppen aufgebaut. Somit sind Infektionen mit den in Deutschland ebenfalls vorkommenden Gruppen A und B weiterhin möglich. Diesbezüglich helfen weiterhin nur vorbeugende Verhaltensweisen wie vitaminreiche Ernährung und ausreichend Schlaf. Ein ebenfalls verfügbarer Impfstoff, der gleichzeitig gegen die Gruppen A und C immunisiert, aber nur 2 bis 3 Jahre Schutz verleiht, kann nicht allgemein empfohlen werden.

Punkt 16.3: Mangelnde grenzüberschreitende Kommunikation bei der Tierseuchenbekämpfung

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Weddelling bestätigt Landrat Gerd Wiesmann, die Kommunikation mit den Niederlanden bei der Tierseuchenbekämpfung sei nicht zufriedenstellend. Unterschiedliche Strukturen und Verantwortungen seien das Problem, in den Niederlanden sei alles stark zentralisiert. Die Thematik sei in der letzten Sitzung des EUREGIO-Rates angesprochen worden. Ziel sei es nun, Wege für eine schnelle Kommunikation abzusprechen und einen Abgleich der zu treffenden Maßnahmen zu erreichen.

Punkt 16.4: Zustand der Landesstraßen im Kreis Borken

Auf Anfrage des Kreistagsabgeordneten Temminghoff, Richard, sagt Landrat Gerd Wiesmann zu, den schlechten Zustand der Landesstraßen, z.B. im Raum Raesfeld-Marbeck, im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen zu thematisieren.

Landrat Gerd Wiesmann schließt die Sitzung um 21:00 Uhr.

gez.

Gerd Wiesmann

gez.

Burkhard Venhues